



Verbandsgemeinde Rhein - Selz

Bürgerumfrage zum Hallenbad der Verbandsgemeinde Rhein-Selz

Information nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie gemäß der ab dem 25. Mai 2018 geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns sowie über die Ihnen zustehenden Rechte.

Diese Hinweise werden, soweit erforderlich, aktualisiert und auf der Homepage der Verbandsgemeinde Rhein-Selz veröffentlicht. Dort finden Sie auch die Datenschutzhinweise für Besucher unserer Homepage.

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verbandsgemeinde Rhein-Selz
Sant' Ambrogio-Ring 33
55276 Oppenheim
Telefon: 0 61 33 / 49 01 0
E-Mail: verbandsgemeinde@vg-rhein-selz.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Verbandsgemeinde Rhein-Selz
Datenschutzbeauftragte
Sant' Ambrogio-Ring 33
55276 Oppenheim
Telefon: 0 61 33 / 49 01 23 8
E-Mail: datenschutzbeauftragte@vg-rhein-selz.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben und verarbeitet, wenn Sie an der Bürgerumfrage zu einem Hallenbadneubau in der Verbandsgemeinde Rhein-Selz entweder durch das im Amtsblatt Rhein-Selz aktuell veröffentlichte Teilnameformular oder an der Online-Befragung teilgenommen haben. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu diesem Zweck ist nur mit Ihrer Einwilligung möglich. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO und Art. 7 DS-GVO.

Hinweis zum Widerruf von Einwilligungen:

Haben Sie der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zugestimmt, können Sie diese Einwilligung bei Bedarf jederzeit widerrufen. Dies gilt jedoch nur für die Zukunft. Die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt also rechtmäßig.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Analoge (formularbezogene) Teilnahme:

Haben Sie mit dem im Amtsblatt Rhein-Selz aktuell veröffentlichtem Formular an der Bürgerumfrage teilgenommen, werden Ihre personenbezogenen Daten nicht an Dritte weitergegeben. Die Auswertung der Bürgerbefragung erfolgt durch Mitarbeitende der Verbandsgemeindeverwaltung Rhein-Selz.

Online-Befragung:

Die Online-Befragung wird über die von uns beauftragte Agentur MKon GmbH, Auflangenstraße 5, 55283 Nierstein durchgeführt. Die Agentur ist im Rahmen eines Auftragsvertrages gem. Art. 28 DS-GVO verpflichtet, Ihre Daten nach unseren Weisungen zu verarbeiten. Die Agentur bedient sich für die Online-Befragung des Umfrage-Tools LamaPoll der Firma Lamano GmbH & Co. KG, Prenzlauer Allee 36 G, 10405 Berlin. Informationen zum Datenschutz der Agentur MKon und dem Umfrage-Tool LamaPoll können Sie unter den Links <https://www.mkon.de/datenschutz/> und <https://www.lamapoll.de/Support/Datenschutz> einsehen.

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Eine Übermittlung an Drittländer findet nicht statt.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Wir verarbeiten Ihre Daten nur für die Dauer der Bürgerumfrage. Nach Auswertung der Bürgerumfrage werden Ihre Daten gelöscht. Für den Fall, dass Sie Angaben in Bezug auf einen noch zu gründenden Förderverein gemacht haben und eingewilligt haben, Ihre Daten auch über das Ende der Auswertung hinaus zu speichern, werden diese für einen spätere Kontaktaufnahme bei uns hinterlegt.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO). In dem Auskunftsantrag sollten das Anliegen präzisiert werden, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z.B. Steuerart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Zahlungsabwicklung, Vollstreckung) gemacht werden.

- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Der Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die betreffenden Daten von der öffentlichen Stelle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.

Ausnahmen vom Recht auf Löschung bestehen zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**,
 - insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird,
 - für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können,
 - oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

Die verantwortliche Stelle kann dem jedoch nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift sie zur Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Besteuerungsverfahrens, Führung des Gewerberegisters).

- Recht auf **Widerruf** der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung
Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen (Art- 7 Abs. 3 DS-GVO). Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.
- **Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34,
55116 Mainz,
Tel.-Nr.: 0 61 31 / 208-2449,
Fax: 0 61 31 / 208-2497,
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

Stand dieser Information: 23.11.2020